

Ein Reich der Lüge

Unversöhnliche Positionen: Zu Optimismus besteht im Nahen Osten kein Anlass

Ludwig Watzal

Die Staatengründung Israels – für die Juden ein Akt der Befreiung und der Selbsterhaltung – wurde von den in Palästina lebenden Arabern als Katastrophe empfunden. Der Nahost-Journalist und freie Autor Ludwig Watzal, erläutert die unterschiedlichen politischen Positionen in Israel und Palästina.

In Israel und Palästina gibt es wieder einmal einen Hoffnungsschimmer auf Frieden. Der Anlass ist der Tod Yassir Arafats, dem angeblichen Hindernis auf dem Weg zu einem Ausgleich zwischen den Konfliktparteien. Ob sich die Zukunft mit dem neuen Präsidenten Mahmud Abbas besser gestalten lässt, bleibt abzuwarten. Zur Euphorie besteht jedoch kein Anlass. Denn an den Grundkonflikten hat sich gar nichts geändert. So ist der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon nach wie vor nicht bereit, den Palästinensern einen eigenen Staat zu geben. Er bietet ihnen nur eine provisorische Lösung an, die Abbas niemals akzeptieren kann. Bereits hier wird deutlich, dass Sharon und Abbas Gegner und nicht Partner sind.

Was in Europa meist nicht wahrgenommen wird, ist die Tatsache, dass innerhalb der politischen Elite Israels eine über 95prozentige Einigkeit darüber besteht, den Palästinensern keinen Staat im völkerrechtlichen Sinne und in den Grenzen von 1967 zu geben. Die Unterschiede zwischen den israelischen Parteien diesbezüglich sind nur marginal. Nehmen wir beispielsweise Sharons „Entflechtungsplan“ für den Gaza-Streifen, der einen Abzug Mitte des Jahres vorsieht. Dieser Plan – in Sharons *Likud-Partei* selber sehr umstritten – wird von Shimon Peres' Arbeitspartei und der säkularen *Shinui-Partei* einhellig unterstützt. Trotzdem ist fraglich, ob er gegen den Widerstand des rechts- und religiösnationalistischen Lagers durchgesetzt werden kann. Diese Kräfte, die sich um die Nationalreligiöse Partei, *Ichud Leumi* und *Shas* gruppieren, lehnen einen Rückzug aus den besetzten Gebieten kategorisch ab. Allein bei der *Shas* könnte es noch zu einem Umschwenken kommen. Ihr religiöses Oberhaupt Ovadia Yosef hat in einem früheren religiösen Gutachten jüdisches Leben höher bewertet als das Land.

Wie nahe die politischen Parteien beieinander stehen, zeigt auch der Bau der Mauer und des Sicherheitszaunes, die derzeit um die Palästinensergebiete errichtet werden. Von Sharon realisiert, geht sie doch auf eine Idee der Arbeitspartei zurück, und zwar von Ehud Barak. Die

Arbeitspartei war schon frühzeitig für eine völlige Trennung von den Palästinensern. Sharons *Likud* sträubte sich lange Zeit gegen diese Idee, da sie ihrer Groß-Israel-Ideologie widersprach. Erst im Zuge der zunehmenden Selbstmordattentate schwenkte man auf die Position der Arbeitspartei ein. Wie sich Sharon ein Zusammenleben mit den Palästinensern vorstellt, hat er bereits in seiner Autobiographie „The Warrior“ dargelegt. Man müsse im palästinensischen Bewusstsein das Gefühl einer Niederlage verankern. Die Palästinenser müssten ein ums andere Mal besiegt werden, sodass sich in ihnen die Überzeugung festsetze, niemals gewinnen zu können. Sharon kann sich ein dauerhaftes Zusammenleben mit den Palästinensern nur dann vorstellen, wenn sie an den zionistischen Traum glauben. Dieser hat sich aber im Bewusstsein der Palästinenser als Alptraum festgesetzt.

Für die politische Elite Israels gelten fünf Positionen als unverrückbar: Es kann keinen Rückzug auf die Grenzen von 1967 geben. Keine der führenden Parteien wäre jemals bereit, mehr als die Hälfte der vom ursprünglichen, historischen Palästina verbliebenen 22 Prozent an die Palästinenser zurückzugeben. Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität. Es darf keine ausländische Macht westlich des Jordans geben. Die meisten Siedler bleiben auch nach einem Friedensvertrag unter israelischer Souveränität. Und Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem übernehmen.

Auch die Positionen, was die Rückgabe der besetzten Gebiete anbelangt, liegen zwischen den führenden Parteien dicht beieinander. So will Sharon den Palästinenser 42 Prozent der Gebiete für ihren Staat überlassen. Auch die Arbeitspartei gesteht ihnen höchstens 50 Prozent zu. Das sogenannte großzügige Angebot Ehud Baraks in Camp David vom Juli 2000 hat es nie gegeben. Barak hatte den Delegationsmitgliedern ausdrücklich untersagt, Karten oder detaillierte Vertragsentwürfe vorzulegen. Dieses Angebot ist ein Mythos, der auch von Teilnehmern der Verhandlungen mehrfach widerlegt worden ist, sich aber trotzdem im Bewusstsein festgesetzt hat und immer wiederholt wird.

Wahr ist, dass Israel 60 Prozent des Westjordanlandes zu „Staatsland“ erklärt hat, über das nicht verhandelt wird. Nach Baraks Plänen hätten die Palästinenser maximal 50 Prozent der Gebiete zurück erhalten. Dies will in Europa und den USA keiner wahrhaben.

Nur die so genannte Genfer Initiative vom Dezember 2003 sah einen Rückzug aus allen besetzten Gebieten vor. Sie schlug eine vollständige Kompensation vor, sollte Israel große Siedlungsblöcke in sein Staatsgebiet integrieren. Verhandlungsführer auf israelischer Seite war Yossi Beilin, früher Justizminister und einer der Architekten der Osloer Verträge, und Yasser Abed Rabbo, Informationsminister in der Autonomiebehörde von Yassir Arafat.

Auch bei der Frage der Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen herrscht unter den politischen Kräften und der israelischen Gesellschaft ein Konsens: Garantierte Rückkehrrechte werden strikt abgelehnt, weil sonst der jüdische Charakter des Staates verschwinden würde.

Die Gründung des Staates Israel, die für das jüdische Volk ein Akt der Befreiung und der Selbsterhaltung war, bedeutete für die in Palästina lebenden Araber eine Katastrophe, „al-Nakba“. Dieses Trauma bestimmt die palästinensischen Geschichten, das Selbstbewusstsein der Menschen bis heute. Ebenso wird das israelisch-historische Bewusstsein von der Katastrophe des Holocausts bestimmt, welche Deutsche über das europäische Judentum gebracht haben. Die unglaublich schwierige Aufgabe besteht darin, dass beide Völker einen Weg aus diesem Dilemma finden und aufeinander zugehen müssen. Der renommierte palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said hatte die Palästinenser immer dafür kritisiert, zu wenig Verständnis für die Shoah und deren Folgen für das israelisch-jüdische Bewusstsein aufgebracht zu haben.

Die Palästinenser hätten die Bedeutung dieser Katastrophe nicht nur für das jüdische Volk, sondern auch für die Weltgemeinschaft total unterschätzt. Die Palästinenser haben sich immer mit dem Argument dagegen gewehrt, dass sie nicht verantwortlich für den Holocaust gewesen seien und trotzdem die Konsequenzen tragen müssten.

Palästinensische Forderungen

Trotz dieser historischen Voraussetzungen beharrt die palästinensische Führung auf folgenden Forderungen, die für sie als nicht verhandelbar gelten: Alle palästinensischen politischen Kräfte treten für das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in ihre Heimat oder eine „angemessene Entschädigung“ gemäß der UN-Resolution 194 ein. Alle Gruppierungen verlangen einen Rückzug der israelischen Truppen auf die Grenze von 1967 in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen 242 und 339. Sie fordern die Räumung aller jüdischen Siedlungen und verlangen, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates wird. Diese Forderungen sind unter den säkularen palästinensischen Gruppierungen und Parteien unumstritten. Dazu gehört die PLO als wichtigster palästinensischer Organisation und Trägerin des palästinensischen Nationalismus. Unter ihrem Dach haben sich mehrere Gruppierungen vereint. Die wichtigste ist die *Fatah*, der Arafat vorstand und die jetzt Mahmud Abbas als ihren Präsidenten gewählt hat, obwohl Faruk Quaddumi der offizielle Vorsitzende ist, der aber in Tunis residiert. Daneben gibt es die PFLP und DFLP, die sich nur

in Nuancen von *Fatah* unterscheiden. Beide Gruppierungen sind für den Fortgang der Entwicklung in Palästina bedeutungslos, weil ihre Wählerklientel unter drei Prozent liegt. Sie vertreten die reine Lehre.

Fast wichtiger für die Zukunft Palästinas sind *Hamas* und der *Islamische Jihad*. Beide islamisch ausgerichteten Organisationen sind seit Ausbruch der ersten Intifada (1987–1994) zu ernsthaften Konkurrenten der säkular orientierten PLO geworden. Im Gazastreifen hat *Hamas* ihre politische Massenbasis. Bei Kommunalwahlen am 27. Januar 2005 ging *Hamas* als klarer Sieger hervor. Sie gewann sieben von zehn Stadträten – einschließlich der drei größten: Dir al-Balah, Bnei Siheileh und Bnei Hanun.

Hamas bekam 76 von 118 Sitzen; *Fatah* erhielt 39. *Hamas* interpretiert diesen Sieg als einen des palästinensischen Volkes. Die Wahlbeteiligung betrug über 80 Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen dagegen rief *Hamas* – mit Erfolg – zum Wahlboykott auf. An den Wahlen zum Legislativrat will man sich aber wieder beteiligen. Abbas wurde de facto von nur 46,7 Prozent der Bevölkerung gewählt.

Hamas ist offiziell zu keinem Kompromiss gegenüber Israel bereit. Die Charta der Organisation ist eindeutig: Es soll ein islamischer Staat in ganz Palästina errichtet werden, da das Land „heiliger Boden“, sprich islamisches Land sei und an „Ungläubige“ nicht übertragen werden könne. Dies würde bedeuten, dass Israel als Staat verschwinden müsste. Eine solche Position ist natürlich völlig inakzeptabel und nicht hinnehmbar. Dass sie reine politische Rhetorik sein könnte, legt zumindest der Sachverhalt nahe, dass die *Hamas* sich an Wahlen beteiligt und die Bereitschaft erklärt hat, in eine Regierung einzutreten.

Das spricht jedenfalls für einen gewissen Pragmatismus der Organisation vor Ort. Die Auslandsorganisation von *Hamas* in Damaskus, verkörpert in der Person von Khalid Maashal, verliert jedenfalls zunehmend an Einfluss, da ihre Radikalität von den unter der Besatzung leidenden Menschen nicht mehr nachvollzogen werden kann. Die israelischen Wissenschaftler Shaul Mishal und Avraham Sala haben mit ihrem Buch „The Palestinian Hamas“ eine Einschätzung der Organisation vorgelegt, welche die Horrorgemälde der israelischen, amerikanischen und europäischen Geheimdienste und Regierung ad absurdum führt. Es kann eher als eine kluge Entscheidung von Mahmud Abbas gewertet werden, *Hamas* in die Regierung aufzunehmen.

Der *Palästinensische Islamische Jihad* (PIJ) entstand zwischen 1974 und 1980 als eine Bewegung palästinensischer Studenten in Ägypten. Seiner Ansicht nach ist Israel der Hauptfeind der Muslime, der mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Der pij propagiert wie *Hamas* die Zerstörung Israels und lehnt jeden politischen Kompromiss ab. Ziel ist die

Befreiung ganz Palästinas. Das Programm orientiert sich stark an der „Iranischen Revolution“ des *Vilayat-e Faqih* – Stellvertretende Herrschaft der Rechtsgelehrten. Diese Sichtweise ist den arabischen Sunniten aber eher fremd. Der PIJ stellt gegenüber *Hamas* eher eine Kaderorganisation dar, die über keine Massenbasis verfügt. Der israelische Geheimdienst *Mossad* hat den Repräsentanten der Organisation, Fathi Shaqaqi, 1995 auf Malta wahrscheinlich getötet; sein Nachfolger wurde Ramadan Abdallah Shalah. Nach israelischer Einschätzung kam es dadurch und durch die militärischen Gegenmaßnahmen der Sharon-Regierung jedoch zu keiner Schwächung der Organisation.

Die Diskussion über den Nahostkonflikt muss endlich realistisch geführt werden, um zu einer dauerhaft friedlichen Lösung des Konfliktes zu gelangen. Die deutsche Haltung trägt dazu nicht unbedingt bei, weil man sich eine These zueigen macht hat, welche die Wirklichkeit eher entstellt, als dass sie sie erhellt: Kritik an der israelischen und der amerikanischen Besatzungspolitik sei gleichbedeutend mit Antisemitismus. Wer so etwas behauptet, verniedlicht nicht nur die Gefahr des realen Antisemitismus, sondern setzt die Meinungsfreiheit in Bezug auf Verstöße gegen das Völkerrecht und Unrecht von Seiten Israels und der USA außer Kraft.